

Hessen spart sich ein Gefängnis

Frankf. Rundschau
10.11.09

Kassel III wird geräumt / Landesregierung betreibt Vollzugsanstalt Hünfeld weiter mit Privaten

Von Pitt von Bebenburg

Das Land Hessen schließt ein Gefängnis in Kassel aus Kostengründen und erwägt weitere Schließungen oder Zusammenlegungen. Das gab Justiz-Staatssekretär Rudolf Kriszeleit (FDP) am Dienstag im zuständigen Landtags-Ausschuss bekannt. Bereits „in den nächsten Monaten“ solle die Justizvollzugsanstalt (JVA) Kassel III dicht gemacht werden.

Die notwendige Sanierung von Kassel III würde nach Kriszeleits Angaben 7,5 Millionen Euro kosten. Darauf verzichtet das Ministerium. Was aus dem Gebäude wird, muss das Immobilien-Management des Landes klären.

Für die rund 100 Häftlinge ist nach den Worten des Staatssekretärs ausreichend Platz in anderen hessischen Gefängnissen. Die er-

— GEFÄNGNIS KASSEL III —

Die Gebäude der Haftanstalt sind mehr als 100 Jahre alt.

99 Häftlinge sitzen derzeit in Kassel III ein. 61 von ihnen sind Untersuchungsgefangene. Weitere 33 Häftlinge warten auf die Verlegung in andere Anstalten oder ein anderes Bundesland. Fünf Gefangene sind im Jugendvollzug.

59 Beschäftigte arbeiten dauerhaft in Kassel III. pit

wachsenen Häftlinge sollen in der Anstalt Kassel I untergebracht werden, die Jugendlichen in Rockenberg und Wiesbaden. Insgesamt gebe es in Hessen 4468 Haftplätze, von denen nur 4120 belegt seien. Auch im Raum Nordhessen bleibe die Zahl ausreichend.

Die etwa 60 Beschäftigten sollen Arbeitsplätze in Nordhessen behalten, also in Kassel, Hünfeld oder Schwalmstadt.

Die Schließung in Kassel ist womöglich nur der Anfang. Der Staatssekretär berichtete von Überlegungen zu weiteren Einsparungen, „insbesondere bei kleineren JVAs, bei denen umfangreiche, kostspielige Sanierungsarbeiten anstehen“. Auch Gerichte könnten davon betroffen sein.

Der Grünen-Abgeordnete Andreas Jürgens sagte, ihm fielen bei kleineren Anstalten Fulda und Limburg ein. Kriszeleit gab jedoch keine Auskunft, ob sich die Überlegungen auf diese Gefängnisse beziehen.

Vorher hatten die Politiker darüber diskutiert, dass die Regierung das Hünfelder Gefängnis

weiterhin gemeinsam mit einem privaten Betreiber führen will. Der Vertrag mit der Firma Serco, die die Hälfte der Beschäftigten in Hünfeld stellt, soll um zwei Jahre bis Ende 2012 verlängert werden.

Kriszeleit unterstrich, dass es in vier Jahren in Hünfeld keine Ausbrüche gegeben habe. Das Betriebsklima zwischen öffentlichen und privaten Bediensteten sei gut. Außerdem habe das Land 180000 Euro im Jahr gespart.

Die Opposition wandte sich gegen die Teilprivatisierung. Zudem gingen die Einsparungen auf Kosten der Beschäftigten, die niedrigere Löhne erhielten als Beamte. Kriszeleit versicherte, dass sich die Firma Serco an Tarife halte. Er konnte aber keine Auskunft darüber geben, wie viel die Beschäftigten dieser Privatfirma verdienen.